

*Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,
P. R. Jolles, an den schweizerischen Botschafter in Köln, M. Gelzer¹*

Streng vertraulich

Bern, 11. November 1975

Ich bitte Sie, wenn möglich persönlich, das beiliegende Schreiben² von Herrn Bundesrat Brugger Herrn Bundesminister Friderichs zu übergeben, noch diese Woche.

Die deutsche Regierung kennt unsere Kandidatur³ für die Nord-Süd-Konferenz. Sie hatte uns jedoch gebeten, mit Österreich, das nachträglich ebenfalls sein Interesse angemeldet hat, eine Vereinbarung über die Vertretung der zentraleuropäischen Kleinstaaten zu treffen⁴.

Zu Ihrer persönlichen Orientierung: Diese Absprache schien auf gutem Wege zu sein, indem das österreichische Aussenministerium anerkannte, dass die schweizerische wirtschaftliche Interessenlage in diesem Zusammenhang gewichtiger sei als die österreichische. Österreich verlangte jedoch Zusicherungen über eine besonders enge Konsultation, damit die schweizerische Delegation auch die österreichischen Gesichtspunkte an der Konferenz berücksichtigen und gegebenenfalls zum Ausdruck bringen werde. Wir waren und sind bereit, eine derartige Vereinbarung zu treffen, die bis zur Aufnahme eines österreichischen Beamten in die schweizerische Delegation oder jedenfalls den Beizug eines österreichischen Vertreters zu den internen Vorbesprechungen der schweizerischen Delegation reichen könnte⁵.

Vor einigen Tagen hat sich nun aber die österreichische Haltung geändert. Wir vermuten, dass Bundeskanzler Kreisky persönlich ein Interesse an dieser Konferenz hat, um für seine Idee eines neuen Marshallplanes zugunsten der Entwicklungsländer eine möglichst gute Plattform zu finden. Obschon sowohl die USA wie Japan eindeutig die schweizerische Kandidatur zu unterstützen scheinen, möchten wir angesichts des zu erwartenden erneuten österreichischen Vorstosses nicht untätig bleiben. Da Kreisky jedoch, falls sich unsere Vermutung bestätigen sollte, auf höchstem politischem Niveau vorgehen würde, müssen auch wir die uns bekannten politischen Persön-

1. Schreiben (Kopie): CH-BAR#E7113A#1988/216#167* (757.3.06).

2. Schreiben von E. Brugger an H. Friderichs vom 11. November 1975, dodis.ch/40727.

3. Zur Kandidatur der Schweiz für die Teilnahme an der Konferenz für internationale Wirtschaftszusammenarbeit vgl. das Telegramm von P. Languetin an diverse schweizerische Vertretungen vom 4. August 1975, dodis.ch/40761; die Notiz von Ph. Lévy vom 3. Oktober 1975, dodis.ch/40723 sowie das Telegramm von Ph. Lévy an diverse schweizerische Vertretungen vom 8. September 1975, CH-BAR#E7113A#1988/216#166* (757.3.06).

4. Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles vom 5. September 1975, Doss. wie Anm. 1.

5. Zu den Absprachen über die schweizerisch-österreichische Zusammenarbeit vgl. die Notiz von J.-P. Zehnder vom 9. September 1975, dodis.ch/39745; die Aufzeichnung von P.-Y. Simonin vom 20. Oktober 1975, dodis.ch/40570 sowie die Notiz von Ph. Lévy an P. R. Jolles und P. Languetin vom 30. Oktober 1975, dodis.ch/40725.



lichkeiten direkt ansprechen⁶. Dies ist der Grund für den beiliegenden Brief unseres Departementschefs an Herrn Minister Friderichs.

Sollte Minister Friderichs von sich aus auf die Frage Österreichs zu sprechen kommen, könnten Sie ihm bestätigen dass die Schweiz zu jeder wie immer gearteten engen Zusammenarbeit mit Österreich bereit wäre. Da die Schweiz jedoch, im Gegensatz zu Österreich, weder in den Vereinten Nationen noch in den Institutionen von Bretton Woods Sitz und Stimme besitzt, legt sie besonderen Wert darauf, an der Dialog-Konferenz zum Zuge zu kommen. Wir haben uns denn auch in den Sachfragen systematisch auf diese Konferenz vorbereitet und glauben heute über eine ausreichende personelle Infrastruktur zur Beschickung der Kommissionen an die Konferenz⁷ zu verfügen (dies dürfte für Österreich kaum der Fall sein).

6. Vgl. dazu das Schreiben von P. Languetin an diverse schweizerische Vertretungen vom 14. November 1975, dodis.ch/40370.

7. Zur Teilnahme der Schweiz am Ministertreffen der Konferenz für internationale Wirtschaftszusammenarbeit in Paris vom 16.–19. Dezember 1975 vgl. die Erklärung von P. Graber vom 16. Dezember 1975, dodis.ch/40731; die Notiz der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 23. Dezember 1975, dodis.ch/40732 sowie den Bericht von Ph. Lévy und W. Rossier vom 29. Dezember 1975, dodis.ch/40733.